

3. Capitel.

Preußen und Rußland.

Seit einem halben Jahre war Preußens europäische Lage in mehr als einer Beziehung ernster und gespannter geworden. Oesterreich hatte im Bundestag am 22. Januar 1863 gleich nach der Ablehnung seines Antrags über die Delegationen sich das Recht auf die Einbringung solcher Reformvorschlüge und deren Verwirklichung, wenn nicht in ganz Deutschland, so doch in den zustimmenden Staaten ausdrücklich gewahrt, und Graf Rechberg bekannte sich jetzt entschieden zu Beust's Ansicht, daß die Regierungen die Reform in die Hand nehmen müßten, wenn sie nicht von der Revolution überrascht werden wollten. Bei solchen Vorsätzen aber konnte jeden Tag die eben abgewehrte Krisis sich erneuern, und der Bruch des Bundesvertrags und damit die Berufung an die Waffengewalt in Frage kommen. Wie stand man in einem solchen Falle mit den fremden Großmächten?

Mit England war Oesterreich seit Jahren bei den mannigfachen orientalischen Streitfragen Hand in Hand gegangen, und so wenig das englische Cabinet an eine Einmischung in die deutschen Händel dachte, gehörten seine Sympathien doch

dem Wiener Hofe, und unaufhörlich gingen seine Aufforderungen zur Versöhnung mit Oesterreich nach Berlin. Die Antwort konnte hier nur dahin lauten, daß Oesterreichs Verhalten jede Annäherung unmöglich mache, und England seine Ermahnungen nach Wien zu richten habe, was dann freilich in London die Stimmung für Preußen nicht verbesserte. Wichtiger aber und bedenklicher war eine im Herbst 1862 eingetretene Wendung der französischen Politik. Getreu dem einst von Cavour aufgestellten Grundsatz, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden müsse, dies Ziel aber nur durch friedliche Mittel zu erreichen sei, hatte das Turiner Cabinet einen kühnen Freischaarenzug Garibaldi's gegen Rom bei Aspromonte niedergeschlagen, zugleich aber auch erklärt, daß keine italienische Regierung auf eine Lösung der Aufgabe in nationalem Sinne verzichten dürfe. Kaiser Napoleon, der weder die französische Besatzung aus Rom zurückziehen, noch die Hoffnung aufgeben wollte, den Papst und Italien zur Anerkennung des jetzigen Besitzstandes zu nöthigen, beschloß darauf, dem Turiner Cabinet seine hohe Ungnade deutlich zu machen, ernannte für Rom und Turin Gesandte klerikaler Farbe, und berief an Thouvenel's Stelle zur Leitung des auswärtigen Amtes wieder den alten Gönner des Papstes und Oesterreichs, Herrn Drouin de Lhuys. Von irgend einem Vertrauen auf die französische Freundschaft konnte seitdem in Berlin keine Rede mehr sein.

Um so wichtiger war für Preußen die Bewahrung eines zuverlässigen Einvernehmens mit Rußland, um so bedenklicher eine Störung desselben durch die polnischen Wirren.

Es möchte schwer zu entscheiden sein, welche Gefahr für Preußen die schlimmere gewesen wäre, der allerdings nicht sehr wahrscheinliche Sieg der rothen Insurrection, wie sie Mieros-

lawski, Mazzini und Garibaldi betrieben, oder die Errichtung eines autonomen Polen unter russischem und französischem Schutze nach den Plänen Wielopolski's, Gortschakoff's und Constantin's. Die rothe Partei hatte ja schon in Horodlo und dann wieder im Augenblicke des Losschlagens ihre Ansprüche auf Westpreußen, Posen, Pommern bis zur Oder verkündet; sie hob bereits von den dortigen Stammgenossen Steuern und Recruten aus und setzte in Posen eine wohlorganisirte Landesverwaltung ein. So ungestüm würde allerdings Wielopolski's autonomes Polen kaum vorwärts schreiten, unaufhörlich aber würde der Minister dazu sowohl durch die polnischen Patrioten als durch die panslawistischen Bestrebungen und den eigenen Deutschenhaß vorwärts gedrängt werden, und Fürst Gortschakoff würde der Letzte sein, ihm in dieser Beziehung einen Zügel anzulegen. Weder für Posen und Westpreußen, noch für die gesammte Monarchie würde es fortan eine ruhige Stunde geben.

So reifte auf die erste Nachricht von dem polnischen Aufstande in Berlin der Entschluß, sich unmittelbar an die persönlichen Gefühle des Kaisers Alexander zu wenden ¹⁾. General Gustav von Alvensleben erhielt die Weisung, nach Petersburg, und von dort nach Warschau zu gehen. In Petersburg sollte er einen eigenhändigen Brief des Königs in die Hände des Kaisers legen, sodann möglichst vollständige Aufklärung über das bisher Geschehene zu erlangen, vor Allem aber mit dem Kaiser eine Verständigung über die gemeinschaftliche Unterdrückung des Aufstandes anzubahnen suchen. „Der König, fuhr die Instruction fort, ist von der

¹⁾ Zuerst hatte der König nur an eine militärische Sendung nach Warschau gedacht, nach drei Tagen aber den Plan erweitert.

Überzeugung durchdrungen, daß die Interessen beider Regierungen durch jede polnische Schilberhebung gleichmäßig gefährdet sind, und daß jede Emancipation des polnischen Elements von der Autorität des Kaisers ihre Wirkungen nicht auf die Grenzen des Königreichs beschränken, sondern ebenso sehr die Sicherheit der benachbarten königlichen Provinzen, als diejenige der westlichen Gouvernements des Kaiserreichs gefährden wird. Unserer Ansicht nach ist demnach die Stellung beider Höfe der polnischen Revolution gegenüber sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, die von einem gemeinschaftlichen Feinde bedroht werden.“ Es sei also zu verabreden, daß die beiderseitigen Truppenführer an beiden Seiten der Grenze angewiesen würden, einander jede zur Herstellung der Ruhe und Überwältigung des Aufruhrs erforderliche Unterstützung zu leisten.

Wer damals in Europa um sich blickte, hätte Anlaß gehabt, einen solchen Schritt für ein vermessenés Wagniß zu erklären. Denn einstimmig jubelte die Presse aller Culturländer der polnischen Erhebung zu; einstimmig war das Verdammungsurtheil über die russische Tyrannei, welche jetzt durch eine gesetzwidrige Recrutirung ein duldenbes Volk in den Verzweiflungskampf gejagt hätte. Die Strömungen, die sich sonst neutralisirten, die liberale, die klerikale, die nationale, hier wirkten sie zusammen und hatten den Beifall der öffentlichen Meinung und energische Vertreter bei den mächtigsten Regierungen für sich. Es gehörte eine sichere Entschlußkraft dazu, diesem allgemeinen Drange entgegen zu treten, und sich offen an die Seite des völlig vereinzelt und gemiedenen Rußland zu stellen.

Eben diese Verhältnisse verschafften aber dem preußischen General bei Kaiser Alexander eine doppelt gnädige Aufnahme.

Je schmerzlicher der weiche Sinn des Monarchen den gegen ihn entfesselten Sturm empfand, desto erquicklicher war ihm das Erscheinen dieser Botschaft treuer Freundesgesinnung. Von ganzem Herzen schlug er in die Hand des Bundesgenossen ein: für seine Lebenszeit war die panslavistische Verbrüderung zwischen Polen und Russen nicht mehr zu befahren. Im Übrigen fand Alvensleben, daß Wielopolski auch bei dem Kaiser noch in Gnaden stehe: Alexander sprach mit Theilnahme und Entrüstung von zwei neuen Vergiftungsversuchen gegen den tüchtigen Mann. Auch sonst, meldete Alvensleben, habe hier der Marquis eine starke Partei; im russischen Volke sei die Stimmung getheilt, auf der einen Seite wüthender Haß gegen die polnischen Meuchelmörder, auf der andern die Meinung, daß Rußland an der Beherrschung Polens durch das Haus Gortory nicht das geringste Interesse habe. Unersehüttert aber blieb der Kaiser auf seinem Standpunkt, die Rebellion möglichst rasch zu unterdrücken, und dann das Land möglichst gut zu verwalten. Auf seinen Befehl machte Gortschakoff dem preussischen General den Vorschlag, die erforderlichen Maaßregeln in einer schriftlichen Convention oder Punctuation festzustellen. Alvensleben hatte allerdings dafür weder Auftrag noch Vollmacht, sah aber bei der Einfachheit der Sache auch keinen Grund, sich dem Wunsche des Vicekanzlers zu entziehen, und sandte am 6. Februar den Entwurf einer solchen Punctuation nach Berlin. Er lautete dahin, daß auf Ersuchen des russischen oder des preussischen Oberbefehlshabers oder der beiderseitigen Grenzbehörden die beiderseitigen Truppenführer bevollmächtigt werden, sich gegenseitig Hülfe zu leisten, und nöthigensfalls auch die Grenze zu überschreiten, zur Verfolgung der Rebellen, die aus dem einen

Land in das andere überträten. Besondere Officiere beider Theile würden den Hauptquartieren der Höchstcommandirenden und der Corpsführer beigegeben und in Kenntniß aller Bewegungen erhalten werden. Dann noch ein Artikel, den Gortschakoff geheim zu halten bat: man wird dem preußischen Befehlshaber jede Notiz über politische Umtriebe betreffend Posen zukommen lassen. König Wilhelm war im Übrigen einverstanden, wünschte aber für den geheimen Artikel die Reciprocität. Gortschakoff setzte dann dem Entwurfe am Schlusse noch die Worte hinzu, die im Grunde das Ganze wieder aufhoben: dieses Arrangement wird so lange in Kraft bleiben, als die Lage der Dinge es erfordert, und die beiden Höfe es angemessen erachten. Ein Vertrag, von dem jeder Theil jeder Zeit zurücktreten kann, ist streng genommen kaum noch ein Vertrag zu nennen. Das Document wurde dann am 8. Februar von Alvensleben und Gortschakoff unterzeichnet. Eine Ratification durch die beiden Souveräne fand nicht Statt. Wohl aber gedachte Gortschakoff, welchem Alvensleben's Sendung in jeder Beziehung abscheulich war, für den Verdruß, den ihm Preußen in Petersburg gemacht, an einem andern Ort Vergeltung zu üben: gleich am 9. Februar beeilte er sich, dem französischen Gesandten, Herzog von Montebello, den Text der Convention mitzutheilen ¹⁾.

Bismarck war übrigens selbst nicht gesonnen, aus dem wesentlichen Inhalt der Convention der Welt ein Geheimniß zu machen. Beinahe die Hälfte des preußischen Heeres, vier Armeecorps von neun, waren in Kriegsbereitschaft gesetzt und an der langen polnischen Grenze von Insterburg bis Oppelu

¹⁾ So erzählte es Montebello selbst dem preußischen Gesandten von Nedern.

vertheilt: bei einer solchen Machtentfaltung war man, was auch jenseits der Grenze geschehen mochte, der Ruhe im eigenen Land gewiß und für jede weitere Entschliebung gerüstet. Alvensleben hatte auf der Rückreise in Warschau die dortige Regierung siegesicher und also über die preußische Convention, bei der sie als hülfbedürftig erschien, sehr verdrießlich gefunden. Sie trug denn auch in der Instruction für die russischen Generale Sorge, die Fälle und die Ausdehnung der Grenzüberschreitung auf ein möglichst geringes Maaß zu beschränken, was dann natürlich entsprechende Weisung für die preußischen Truppenführer zur Folge hatte. Über die thatsächlichen Verhältnisse in Polen berichteten sonst Alvensleben und die ihn begleitenden Officiere wenig erbauliche Kunde. Es gab keine sichere Leitung und keinen festen Plan in dem Armeecommando; jeder Corpsführer operirte auf eigene Faust; einig waren sie nur in ihrem Widerwillen gegen Wielopolski, den sie ohne Weiteres als Reichsverrätther betrachteten. Das Land wimmelte jetzt in allen Provinzen von bewaffneten Banden, meistens kleiner Kopfzahl, da die Bauern den Anschluß an die Revolution hartnäckig versagten; größere Haufen zeigten sich nur im Südwesten, in Folge des aus Schlesien oder Galizien herüber kommenden Zuzugs. Überall verkündeten die Führer, daß auswärtige Hülfe nahe sei, und belebten damit den Muth ihrer Leute. Bei dieser allseitigen Ungewißheit der dortigen Lage hielt Bismarck es für angemessen, den Großmächten über Preußens Haltung auch nicht den leisesten Zweifel zu lassen. Am 11. Februar hatte er ein Gespräch mit dem englischen Gesandten Sir Andrew Buchanan. Er bereitete ihn vertraulich auf den Abschluß einer Convention mit Rußland zu gemeinschaftlicher Unterdrückung des Aufstandes vor.

Sir Andrew fragte, ob dabei auch Überschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen zugelassen sei. Bismarck bejahte mit der bestimmten Erklärung, daß Preußen ein unabhängiges Polen an seiner Grenze nimmermehr dulden könnte. Wie aber, sagte Sir Andrew, wenn der immerhin mögliche Fall einträte, daß die Russen aus Polen hinausgeschlagen würden, was würdet Ihr dann thun? Dann, erwiderte Bismarck, müßten wir das Königreich selbst zu besetzen suchen, um dieß Aufkommen einer uns feindlichen Macht zu hindern. Dies wird Europa niemals dulden, rief darauf Sir Andrew, und wiederholte es mehrmals. Bismarck fragte kurz: wer ist Europa? Verschiedene große Nationen, sagte der Gesandte. Sind sie bereits darüber einig? fragte Bismarck. Sir Andrew vermied eine positive Antwort, erklärte aber, daß Frankreich sich in der Unmöglichkeit befände, eine neue Unterdrückung Polens zuzulassen. Für uns, wiederholte Bismarck, ist die Unterdrückung des Aufstandes eine Frage über Leben und Tod; schloß aber das Gespräch mit der Bemerkung, daß es unnütz sei, nicht vorliegende Möglichkeiten zu erörtern.

In ähnlichem Sinne sprach er gleich nachher mit dem französischen Gesandten, Herrn von Talleyrand, der sich auf die Erklärung beschränkte, daß er die Ansichten seiner Regierung über Polen noch nicht kenne. Bismarck redete zu ihm um so unbedingener, als er schon als Gesandter in Paris auf eine Äußerung Napoleon's, man müsse etwas für Polen thun, seine eigene Auffassung in nachdrücklicher Form dem Kaiser ohne weitem Widerspruch vorgetragen, und so eben erst, am 4. Februar, die französische Regierung im gesetzgebenden Körper einen polenfreundlichen Antrag Jules

Favre's bekämpft und Polen auf die Großherzigkeit und Humanität Kaiser Alexander's verwiesen hatte.

Hier aber stand ihm eine schwere Enttäuschung bevor.

Napoleon war allerdings ein Gegner der rothen Partei, wie im übrigen Europa, so auch in Polen. Aber gerne wäre er auf Gortschakoff's und Wielopol'ski's System eingegangen, und schon hienach war ihm die preußische Convention zuwider. Dazu kam das heftige Brausen der öffentlichen Meinung Frankreichs, wo der ganze Klerus mit den Liberalen Hand in Hand zu Gunsten Polens ging, und gerade jetzt binnen Kurzem allgemeine Wahlen, wo der Regierung die Unterstützung des Klerus wichtig war, bevorstanden. So eingeklemmt zwischen der nationalen Sympathie für Polen und der eigenen für Rußland, kam die Regierung auf den Gedanken, ob sich „für Polen etwas thun lasse“, wenn man die Spitze der Agitation nicht gegen Rußland, die origo mali, sondern gegen das mitschuldige Preußen richte. Niemand konnte zu einem solchen Verfahren eifriger bereit sein, als Drouyn de Lhuys.

Schon am 15. Februar äußerte er gegen den preußischen Gesandten Grafen Solz: „wir begreifen, daß jede der drei Theilungsmächte ihre polnischen Provinzen zu behalten strebt. Aber wir dachten, Ihr wäret zum Schutze Polens allein stark genug, und hättet den Russen ihre Aufgabe allein überlassen können. Dann wäre nur ein Drittel der polnischen Frage aufgerührt worden, und wir hätten ruhig zusehen dürfen. Die Lage ändert sich, wenn die ganze polnische Sache in Frage kommt. Ich fürchte, Ihr selbst habt vor-eilig diese Frage gestellt. Besorgt Ihr nicht, daß Eure Solidarität bei den Stimmungen des englischen und des

französischen Volkes eine andere Solidarität hervorrufen wird?"

Er redete zwar im freundlichsten Tone; er spreche nur Befürchtungen aus, von denen er hoffe, daß sie sich nicht verwirklichen würden. Aber schon am 17. Februar sandte er eine Depesche gleichen Inhalts an Talleyrand: die polnische Sache war bisher eine locale, durch die preußische Convention ist sie eine europäische geworden. Am 18. ließ er eine Depesche an Montebello nach Petersburg abgehen, worin er unter Bezugnahme auf die Wiener Congreßacte von 1815, deren Bestimmungen Rußland nicht erfülle, die Besorgniß aussprach, daß zwischen beiden Höfen eine gespannte Lage entstehen könnte. Daß er der Treiber in der Sache war, zeigt hier die Berufung auf die Verträge von 1815, welche dem Kaiser, wie jedem Bonaparte gründlich verhaßt waren. Gegen Goltz steigerte er den Ton mit jedem Tage, bis zu der unumwundenen Erklärung, daß nur Bismarck's Entlassung ein gutes Verhältniß herstellen könnte. Viel weniger feindselig, wenn auch in gleicher Tendenz, sprach der Kaiser am 20. mit Goltz: Ihr wißt, wie ich stets den Wunsch zu engem Einvernehmen mit Preußen gehabt habe; hätte Oesterreich einen solchen Fehler gemacht, wie Preußen durch diese Convention, es wäre mir gleichgültig gewesen; jetzt, wo es durch Preußen geschehen, macht mir der Vorgang wahren Kummer. Indessen, trotz dieses Kummers war man einmal im Zuge, und am 21. ging nach London und nach Wien der Entwurf einer identischen Note ab, in welcher die drei Mächte, allerdings mit den höflichsten Redewendungen, dem preußischen Cabinet ihr tiefes Bedauern über den Abschluß der Convention und zugleich die Hoffnung ausdrücken sollten, daß Preußen die

baldige Kündigung derselben in seinem Interesse finden möchte. Drouyn de Lhuys zweifelte nicht an der Zustimmung der beiden Höfe; er wußte, daß in Wien der Zorn gegen Preußen wegen Bundesreform und Handelsvertrag lichterloh brannte, daß die einflußreichsten Berather Rechberg's, die Herren von Biegeleben und von Meyßenbug, schon aus katholischem Interesse eifrige Polenfreunde waren, und daß in Galizien die Polen ungehindert Geld und Freischaaren über die Grenze senden durften; in London aber schwärmte die öffentliche Meinung für Polen, und noch am 20. hatte im Parlamente der Minister Lord John Russell erklärt, die Recrutirung in Warschau sei der unklügste und ungerechteste Schritt gewesen, den Rußland hätte thun können, und durch die Convention habe Preußen nachträglich die Verantwortung für die gehässige Maaßregel mit übernommen. Welcher Grund konnte also die beiden Mächte von der Unterzeichnung der so gelinde stilisirten Note abhalten?

Allein trotz alledem war die Rechnung ein Fehlschluß.

Lord John war allerdings als rechtgläubiger Whig voll von Sympathie für Polen, wie für alle unterdrückten Nationen, erkannte aber die Gefahr des Aufstandes für Preußen an, und wünschte als praktischer Staatsmann aus vielen Gründen durchaus nicht, Preußen zu schädigen oder geschädigt zu sehen. Demnach erwiderte er auf die französische Mittheilung, daß bei aller Höflichkeit des Stils eine identische Note als solche die wichtigste und beinahe drohende Form einer Vorstellung sei. So sehr er die Convention table, so sei ihre praktische Bedeutung doch nicht groß genug, um zu einem Schritte dieser Art den Anlaß zu bieten. Überhaupt aber, wenn man einschreiten wolle, warum gegen den Helfer,

warum nicht gegen den Urheber des Übels? England also lehnte die Note an Preußen ab, und forderte statt dessen die Unterzeichner der Wiener Congreßacte zu gemeinsamen Schritten gegen Rußland auf. Oesterreich, welches seine Beziehungen zu England damals immer fester zog, weigerte aus Mißtrauen gegen Napoleon trotz alles sonstigen Zwistes mit Preußen der identischen Note seine Unterschrift. Die Action des französischen Ministers endigte also mit einem diplomatischen Fiasco. Dennoch aber war sie bedeutungsschwer. Die französische Regierung hatte sich damit zu der Pflicht bekannt, die polnische Sache zu unterstützen. Dabei hatte sie eine Niederlage erlitten, und eine solche vermochte Napoleon seinem Volke gegenüber weniger als ein legitimer Herrscher zu ertragen. Wenn also England jetzt zu neuem Vorgehen gegen Rußland aufforderte, so war dem Kaiser die Ablehnung doppelt erschwert, obgleich sich die Folgen eines solchen Schrittes in keiner Beziehung überblicken ließen.

Bismarck hatte der Entwicklung der französischen Thätigkeit in diesen Tagen nicht ohne Besorgniß, aber mit fester Entschlossenheit entgegen gesehen, und gleich nach den ersten Berichten darüber dem französischen Gesandten im Voraus erklärt, daß es für Preußen in der polnischen Sache keine Wahl gebe, daß er also für eine Verwendung zu Polens Gunsten keine andere als eine ablehnende Antwort haben würde. Dann aber wurde er durch eine befremdliche Eröffnung von der entgegengesetzten Seite her überrascht. Am 22. Februar erschien bei ihm der russische Gesandte, Herr von Dubril, und meldete die Ansicht seiner Regierung an, es sei bei der europäischen Lage dringend, die Clausel der Convention, welche den beiderseitigen Truppenführern Voll-

macht zur Überschreitung der Grenze gebe, außer Wirkjamkeit zu setzen. Das war ungefähr gleichbedeutend mit Suspension des ganzen Vertrags, da jene Vollmacht zur Grenz-überschreitung die einzige Bestimmung desselben enthielt, für die eine zweiseitige Abrede erforderlich war. Immerhin wurde sofort der preußische Commandirende im Sinne von Dubril's Begehren instruiert, und Dubril davon benachrichtigt. Zwei Tage später folgte eine weitere Überraschung durch ein Telegramm aus Warschau, daß Großfürst Constantin von Gortschakoff Weisung erhalten habe, da Preußen wegen Pariser Nachrichten trotz Alvensleben's Arrangement keine Überschreitung der Grenze wünsche, die entsprechenden Befehle an die russischen Generale zu erlassen. Bismarck war nicht wenig erstaunt, daß hier der Wunsch auf Suspension oder Aufhebung der Convention Preußen zugeschoben wurde. Jedesfalls aber war hiemit der Convention jede praktische Bedeutung entzogen, und Bismarck nahm darauf keinen Anstand, in Dubril's Gegenwart dem englischen Gesandten zu erklären, die Convention werde fortan ein todter Buchstabe bleiben. Gleich nachher stellte sich jedoch heraus, daß dies ganze Getriebe hinter dem Rücken des Kaisers durch Gortschakoff veranlaßt worden war. Alexander erfuhr davon erst durch Gortschakoff's unwahre Meldung, daß Preußen die Aufhebung der Convention begehre, und wurde dadurch in lebhafteste Bewegung versetzt. Am 25. Februar empfing er den preußischen Militärbevollmächtigten, Herrn von Loen, und fragte ihn ganz erregt: „wissen Sie, was geschehen? wenn Militärs mit einander verhandeln, geht immer Alles gut; wenn sich aber die Diplomaten hinein mischen, geschehen lauter Dummheiten. Ich habe mit Freuden auf den Wunsch des Königs

die Convention beschlossen; jetzt höre ich, daß Preußen aus Gründen seiner innern und äußern Politik die Aufhebung derselben begehrt; ich bin sofort auch dazu bereit, obgleich ich nicht absehe, was Frankreich die Convention angehen kann. Oder hat man etwa in Berlin geglaubt, Rußland wünsche von derselben zurückzutreten? freilich bedürfen wir sie bei dem besseren Stande der Dinge in Polen nicht mehr, aber an einen Rücktritt habe ich gar nicht gedacht, obgleich ich, wie gesagt, auch dazu bereit bin, wenn ich damit Preußen Verlegenheiten ersparen kann. Hat Dubril etwas Anderes gesagt, so werde ich ihn desavouiren.“ Loen hat seine Regierung telegraphisch um Instruction, und erhielt am 28. den Bescheid, daß dem preußischen Cabinet die Aufhebung der Convention zwecklos erscheine; es sei dem Auslande gegenüber richtiger, zu sagen, daß sie bisher noch unvollendet geblieben, durch Mangel der nöthigen Ausführungsbestimmungen. Am folgenden Tage empfing ihn der Kaiser wieder mit der Frage: also Preußen wünscht die Aufhebung der Convention? — war aber freudig überrascht, als Loen ihm Bismarck's Depesche vorlas, und sprach im vollen Ergüsse seine Genugthuung über die Aufklärung des Mißverständnisses und den Entschluß zu festem Zusammenhalten aus.

Gortschakoff's Intrigue war damit in ihrem Hauptzweck, der Auslockerung der vertrauten Beziehungen zwischen den beiden Souveränen, abgewehrt. Mit andern Beschwernissen aber hatte zu gleicher Zeit Bismarck im Innern zu kämpfen, mit der feindseligen Stimmung des Hauses der Abgeordneten, welches auch die polnische Sache in den Bereich seiner Verhandlungen zog. Seit dem Schlusse der letzten Session hatte die Ansicht, daß die Fortführung einer Verwaltung ohne

Budget ein schwerer Verfassungsbruch sei, weitere Verbreitung im Lande gefunden und bei den Parteien immer festere Wurzel gefaßt. Gleich bei der Eröffnung der neuen Session fand sie in einer Adresse an den König mit offener Anklage gegen die Minister einen energischen Ausdruck. Da jedoch der König fest zu seinen Rätthen stand, und zu einem gerichtlichen Verfahren gegen diese die Verfassung keine Mittel bot, so kam die Meinung auf, die Beseitigung der verhaßten Minister durch Ablehnung oder Bestreitung jedes Antrags, jedes Vornehmens derselben zu erzwingen, den Kampf, wie man dies nannte, auf der ganzen Linie zu eröffnen. Als die Convention vom 8. Februar zur Sprache kam, über deren unbekanntem Text die übertriebensten Gerüchte umliefen, war es übrigens nur bei wenigen Mitgliedern die Begeisterung für ein unabhängiges Polen, welche zu schleuniger Verhandlung antrieb: es war vielmehr die Sorge vor einem großen europäischen Krieg, in welchen durch Bismarck's tolldreiste Politik das Land hineinzutreiben schien. Die Masse des Volkes und des Hauses hatte über ihn wie bei dem Budgetstreit die Überzeugung, daß dieser übermüthige Junker nichts als reactionäre Unterdrückung jeder Freiheit im Sinne trage, und deshalb auch Polen unterdrücken helfe, auf die Gefahr hin, daß Preußen durch einen übermächtigen Angriff der Westmächte zu Grunde gerichtet würde. Nach einer dreitägigen leidenschaftlichen Debatte, bei welcher Bismarck jede Mittheilung über Inhalt und Zweck der Convention verweigerte, beschloß das Haus mit einer überwältigenden Mehrheit, daß Preußens Wohl eine strenge Neutralität während der polnischen Kämpfe erfordere. Bei der glühenden Erbitterung des Verfassungskampfes kam kein Gedanke auf, daß ein solcher Beschluß das

Ansehen der Regierung im Auslande schädigen, und damit die Preußen vielleicht bedrohenden Gefahren vermehren könne. Noch viel weniger hatte jemand im Hause oder im Lande eine Ahnung, daß Bismarck durch die Convention, und durch die hiemit erlangte Befestigung der russischen Freundschaft, den ersten Stein zum Fundamente für Preußens künftige Größe gelegt hatte.

Indessen ließ sich der Minister weder durch diese Angriffe, noch durch Gortschakoff's Umtriebe oder durch französische Drohungen um eines Haares Breite von seiner Linie abdrängen. Die englische Aufforderung, sich an einem Schritte der Wiener Congreßmächte in Petersburg zu betheiligen, wies er zurück, weil sie dem preußischen Standpunkt in der Sache nicht entspreche. Übrigens legte sich allmählich der Sturm über die Februar-Convention, als die englischen Zeitungen Bismarck's Ausspruch, sie werde ein todter Buchstabe bleiben, veröffentlichten, vor Allem aber, als in Polen der Verlauf der Kämpfe zu keiner Grenzüberschreitung mehr Veranlassung gab. Das Nationalcomité hatte Microslawski zum Dictator ernannt, dieser hatte am 17. Februar den Befehl über eine stärkere Schaar in der Nähe der preußischen Grenze übernommen, war aber schon am 22. nicht weit von Kalisch durch russische Truppen angegriffen, gänzlich geschlagen, seine Leute zerstreut, er selbst flüchtig geworden, und damit für immer vom Schauplatz verschwunden. Dies erweckte bei der weißen Partei der großen Grundbesitzer, die bisher ganz in das Schlepptau der Nothen gerathen war, den Muth zu neuer Selbständigkeit. Durch Ladislas Czartoryski erfuhren sie aus Paris, daß Napoleon von Microslawski, als einem Genossen Mazzini's

und des Londoner Revolutionscomité's, nichts habe wissen wollen, besonnenere Patrioten aber zu unterstützen gerne bereit sei. So erhob jetzt die Partei einen gewissen Langiewicz aus Posen zu ihrem Führer, welcher dann auch im Süden des Landes eine ansehnliche Bande zusammenbrachte, seinerseits den Titel eines Dictators annahm, und eine Civilregierung einsetzte, dadurch aber den Zorn des Nationalcomité's in solchem Grade erregte, daß es drei Agenten in sein Lager mit dem Auftrag abordnete, den eigenmächtigen Auführer zu ermorden. Die Sendlinge wurden jedoch entdeckt, verhaftet und zum Tode verurtheilt: sie sollten eben gehängt werden, als die Russen am 19. März über das Lager hereinbrachen, den Haufen auseinander jagten und Langiewicz zur Flucht nach Galizien zwangen. Wenige Tage später erlagen zwei andere größere Insurgentenbanden einem gleichen Geschick, so daß jetzt an keiner Stelle eine stärkere Streitmacht der Rebellen mehr das Feld behauptete. Bei geordnetem Zusammenwirken der russischen Truppen wäre jetzt die Ruhe bald herzustellen gewesen, zumal die große Masse der Bauern gut kaiserlich gesinnt blieb, rebellische Kanzelredner todtzuschlug, meuterische Grundbesitzer der Polizei überlieferte, so daß bei einer Abstimmung nach allgemeinem Stimmrecht das polnische Volk mit bedeutender Mehrheit den Zaren als Herrscher anerkannt hätte. Allein bei der königlichen Regierung stand es, was Einigkeit betraf, nicht besser als bei der revolutionären. Der Großfürst und noch entschiedener als er die Großfürstin, hielten fest zu Wielopolski, welcher trotz des Belagerungsstandes die Wirksamkeit seiner Civilbehörden aufrecht zu erhalten und die militärischen Maaßregeln zu mildern suchte. Die Officiere wütheten über das ganze System,

General Ramjay bat dringend um seine Entlassung und beantragte die Ernennung des einsichtigen und kräftigen Generals Grafen Berg zum Ablatus des Großfürsten, mit herrschender Vollmacht über Militär- und Civilverwaltung. Auch in Petersburg ging jetzt die vorherrschende Strömung scharf gegen Wielopolski, dem man die verzögerte Erdrückung des Aufstandes zur Last legte, indessen ließ sich der Kaiser durch seinen Bruder und seinen Vicenkanzler noch mehrere Wochen von entschiedenen Schritten zurückhalten. Ramjay erhielt einen Nachfolger, dessen größtes Verdienst seine vertraute Beziehung zu dem Großfürsten war, und der Kampf gegen die Rebellen schleppte sich in dem bisherigen Schlendrian fort. Die Truppen besiegten jede Bande, mit der sie zusammentrafen, beherrschten aber bei der völligen Unzuverlässigkeit der polnischen Civilbehörden das Land überall nur an dem Punkte, wo sie eben standen. So kam gegen Ende März der Kaiser zu dem Entschluß, wenigstens in die militärischen Operationen durch eine kräftigere Hand Zusammenhang und Energie zu bringen, ohne jedoch die Civilverwaltung und deren Leiter der militärischen Dictatur vollständig zu unterwerfen. Am 30. März wurde Graf Berg zum militärischen Ablatus des Großfürsten, d. h. zum Höchstcommandirenden in Polen ernannt. Alle Welt sah darin ein Vorzeichen für den nahen Sturz des polonisirenden Systems, und die demnächstige Abberufung des Großfürsten und Wielopolski's. Unmittelbar daran schloß sich eine weitere Maaßregel, deren Ankündigung allerdings weniger an die Adresse der polnischen Insurgenten, als an die der auswärtigen, der polnischen Erhebung zugethanen Mächte ging. Bisher hatte auf Anlaß der Empörung Rußland vier

Armeecorps mobil gemacht; jetzt erfolgte der Befehl, die ganze Armee auf Kriegsfuß zu setzen und die Petersburg deckende Seefestung Kronstadt zu armiren. Zugleich gingen ansehnliche Verstärkungen nach Polen, welchen dann in die bisherigen Stellungen aus dem Innern nicht geringere Streitkräfte nachrückten. Rußland sah sich vor, jeder aus dem Westen kommenden Feindseligkeit fest gewappnet Stand zu halten.

Wohl hatte das russische Cabinet Anlaß zu solchen Vorkehrungen. England war zwar sehr entschlossen, wegen Polens nicht selbst Rußland den Krieg zu erklären, freute sich aber von Herzen jeder dem orientalischen Rivalen erwachsenden Verlegenheit, und strengte alle Kräfte an, die übrigen Großmächte zum Anschluß an sein Thema zu bringen, daß Rußland die Bedingungen, unter welchen ihm 1815 der Wiener Congreß das Königreich Polen zugetheilt, nicht erfüllt, sondern die damals verheißene und eingeführte Constitution 1831 wieder aufgehoben habe, daß es folglich durch einen Spruch Europas zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten oder aus dem verwirkten Besitze auszuweisen sei. Vom rechtlichen Standpunkte aus betrachtet, war diese Argumentation in doppelter Hinsicht anfechtbar, sowohl in Bezug auf den Inhalt der Anklage, als auf die Legitimation des Klägers. Denn 1815 hatten Rußland und Oesterreich durch Vertrag vom 3. Mai sich zugesagt, ihren polnischen Unterthanen eine Repräsentation und nationale Institutionen zu verleihen, geregelt nach Art der politischen Existenz, deren Bewilligung ihre Regierung nützlich und angemessen erachten wird. Es war also die Verheißung einer Repräsentation keineswegs mit der Zusage einer parlamentarischen Verfassung gleich-

bedeutend. Erst nach dem Schluß des Congresses hatte Kaiser Alexander I. nach selbstherrlichem Ermessen dem Königreich eine solche gegeben; leider aber hatten die Polen selbst sie durch ihre Revolution von 1830 zerrissen, Kaiser Nikolaus sie nach der Unterwerfung nicht wieder hergestellt. Die beiden deutschen Mächte aber hatten sich mit Rußland durch den Vertrag von Münchengrätz 1833 zu gemeinschaftlichem Schutze des damaligen Zustandes verbunden, hiemit also ihre Verträge von 1815 nach russischer Auffassung interpretirt. Allerdings waren diese Verträge gleich nach ihrem Abschluß in die Wiener Congressacte aufgenommen worden: daraus folgte aber, wie wir früher gesehen haben, nur die Pflicht der übrigen Congressmächte, deren Inhalt ihrerseits zu respectiren, keineswegs aber ein Recht, jede Änderung des Specialvertrags durch dessen Contrahenten von der Erlaubniß aller Unterzeichner der Congressacte abhängig zu machen. Schon hienach mußte Englands Befugniß, auf Grund der Verträge die Herstellung der polnischen Constitution von 1815 zu fordern, als durchaus fragwürdig erscheinen.

Nach dem Allem versteht man, wie viel England daran gelegen war, bei seinem diplomatischen Vorgehen gegen Rußland wenigstens eine der deutschen Mächte an seiner Seite zu haben, und so bot Lord John Russell alle Mittel auf, Oesterreich wie in den orientalischen Wirren, so auch für seine polnische Thätigkeit als Helfer zu gewinnen. Er wurde darin auf das Wärmste durch Drouyn de Lhuys unterstützt, welcher 1863 ebenso bestimmt wie 1854 eine französisch-österreichische Allianz für das Heilmittel aller europäischen Übelstände hielt, und deshalb auch Alles that, um Napoleon in der für Polen begonnenen, und jetzt gegen Rußland zu

richtenden Action festzuhalten. Napoleon schwankte eine Weile; plötzlich aber wurde die politische Welt durch eine Reise des österreichischen Gesandten in Paris, des Fürsten Metternich, nach Wien, überrascht, wo er am 14. März anlangte und eine Woche lang in lebhaften Verhandlungen mit dem Kaiser und dem Grafen Rechberg verweilte. Der Inhalt derselben ist bisher nicht authentisch bekannt geworden; damals wirbelten mannigfaltige Gerüchte durch einander: Napoleon biete Österreich seine Allianz und die Erwerbung Schlesiens und Rumäniens gegen die Abtretung Venetiens; nach anderen Quellen hätte Napoleon die Freigebung Galiziens gewünscht, und dafür die Erwerbung Rumäniens und die Garantie Venetiens zugesagt; der russische Kaiser aber erhielt Angaben, für ein Zusammengehen Österreichs mit den Westmächten gegen Rußland werde jenem eine verstärkte Stellung in Deutschland und Landerwerb im Orient verheißen. Dagegen meldete aus Wien der preussische Gesandte, Herr von Werther, er habe vom Grafen Rechberg die ausdrückliche Versicherung erhalten, Metternich sei nur zu gegenseitiger Information nach Wien berufen worden, von französischen Vorschlägen, die er mitgebracht haben solle, sei gar keine Rede; Österreich werde in seiner Stellung zu der polnischen Sache nicht wanken, und wolle von einem unabhängigen Polen nichts wissen ¹⁾).

In der That hatte die österreichische Regierung Gründe genug zu einer solchen Zurückhaltung. Nach dem Bestande ihres Reiches mußte ihr jede Anrufung des Nationalitätsprincips als eine Gefahr erscheinen; bei einer Erhebung des polnischen Volkes wurde ihr Besitz Galiziens unsicher; ein

¹⁾ Werther, 18. März.

Zusammenhang der polnischen und der ungarischen Revolutionspartei war nur zu wahrscheinlich, Napoleon's Verhalten aber in solchen Fällen unberechenbar. Auf der andern Seite drängte England immer nachdrücklicher: für beide Höfe gebe es keine größere Gefahr, als die Verwirklichung des seit 1857 drohenden russisch-französischen Bundes; jetzt erscheine, wie vom Himmel geandt, die polnische Frage und Napoleon's Sympathie für dieselbe; sein Bruch mit Rußland sei unwiderruflich, wenn er sich zu einem Vorgehen für Polen entschließe, und dazu sei er bereit, wenn Oesterreich an demselben Theil nehme. Ende März kam dann aus Paris die amtliche Aufforderung zu einem gemeinschaftlichen Schritt in Petersburg zu Gunsten Polens nach London und Wien.

Was war zu thun? Auch das Verhältniß zu Preußen zeigte dem Grafen Rechberg in diesem Augenblicke zugleich anziehende und abstoßende Momente, wodurch die Entschließung natürlich nicht erleichtert wurde. Die Ablehnung der gegen Preußen zu richtenden identischen Note Napoleon's durch Oesterreich war in Berlin mit aufrichtigem Danke anerkannt worden; Bismarck sprach dem Grafen Karolji wiederholt die Befriedigung über Oesterreichs feste und correcte Haltung aus, und erklärte durch einen ausführlichen Erlaß an Werther dem Wiener Hofe die gleiche Stimmung des Königs. Nachdem Werther die Depesche dem österreichischen Minister vorgelesen, konnte er am 28. März die lebhafteste Genugthuung berichten, mit welcher Rechberg die Mittheilung aufgenommen. Alles deutete darauf, daß das gemeinschaftliche Interesse der beiden Höfe an der polnischen Sache eine allgemeine Annäherung herbeiführen würde. Aber ein neuer Vorgang auf dem handelspolitischen Gebiet tilgte mit einem Schlage alle

guten Eindrücke wieder aus. Preußen hatte für den Zollverein einen Handelsvertrag mit Belgien nach denselben liberalen Grundsätzen wie den französischen, abgeschlossen. Es war eine neue Erschwerung für die von Österreich begehrte Zolleinigung, und in Wien war der Zorn darüber gewaltig. Vergebens erläuterte Bismarck, der Gegensatz des handelspolitischen Systems sei kein Hinderniß politischer Freundschaft, wie Preußens Verhältniß zu Rußland und Mecklenburg zeige. Rechberg blieb dabei, es sei unmöglich, beides zu trennen, und als Bismarck gegen Karolyi wieder einmal erwähnte, es liege im Interesse des Friedens, in Bundesjachen von Anträgen abzugehen, welche einstimmige Beschlußnahme erforderten, entgegnete Rechberg ganz entschieden, die Bundesreform sei unerläßlich, da sie, wenn nicht durch die Regierungen, dann sicher durch die Revolution herbeigeführt würde. Auch in der polnischen Sache, erklärte er, ist für uns eine nähere Einigung mit Preußen erst dann möglich, wenn eine Verständigung über die Zolleinigung und die Bundesreform vorausgegangen ist ¹⁾).

So war der Gegensatz gegen Preußen wieder in voller Schärfe vorhanden, und es mußte demnach die Anknüpfung freundlicher Beziehungen mit Frankreich doch recht wünschenswerth erscheinen, zumal England Tag für Tag seine darauf zielenden Mahnungen wiederholte. Dazu kam die Rücksicht einerseits auf die russenfeindliche liberale Mehrheit des bevorstehenden Reichstags, andererseits auf den Grimm der klerikalen Partei über die russischen Maaßregeln gegen den rebellischen polnischen Klerus. Unter diesen Einflüssen begann Rechberg allmählich auf die französische Seite hinüber zu lenken; er

¹⁾ Werther, 4. April, 10. Mai.

verkannte das Gewicht der Gegen Gründe nicht, meinte aber, gerade als Theilnehmer an der westmächtlichen Action werde er am besten für den Frieden und für glimpfliches Verfahren wirken können. Er eröffnete demnach den Westmächten, daß er zwar die grobe Form identischer Noten ablehne, sich ebenso wenig auf die von Rußland nicht verletzten Verträge von 1815 berufen werde, wohl aber bereit sei, durch eine gleichzeitige Note die Forderungen der Westmächte zu unterstützen. In Paris und London war man damit einverstanden, und so gingen am 10. und 12. April die drei Noten nach Petersburg ab. Oesterreich klagte in der seinigen nur über schädliche Rückwirkung der polnischen Anarchie auf Galizien, und bat demnach den Kaiser, daß er seinen polnischen Provinzen die Bedingungen eines dauerhaften Friedens gewähren möge. England sprach aus schärferem Tone, erklärte, daß Rußlands Verpflichtungen gegen die Congreßmächte von 1815 durch die polnische Revolution von 1830 nicht erloschen seien, Großbritannien mithin ein Recht habe, die Erfüllung jener Pflichten, also die Herstellung der Verfassung von 1815, zu begehren. Frankreich redete von den stets wiederkehrenden Zuckungen in Polen, welche ganz Europa nicht zur Ruhe kommen ließen; die russische Regierung möge endlich Polen die Bedingungen eines dauerhaften Friedens gewähren, da alle bisherigen Verfassungsversuche mißlungen seien. Das hieß, die Verfassung von 1815 ebenso wie Wielopolski's autonome Verwaltung als ungenügend verurtheilen und im Grunde die völlige Unabhängigkeit Polens als die einzig ausreichende Lösung bezeichnen. Graf Rechberg hatte dergleichen weder gesagt noch gedacht, immer aber durch seine Theilnahme an der Notensendung unterstützt: wie lebhaft er

auch bei der Bethuerung blieb, daß er nur im Interesse des Friedens handle und keine kriegerische Action gegen Rußland mitmachen werde, so ließ sich fortan die Thatsache nicht in Abrede stellen, daß Österreich aus der bisherigen Neutralität herausgetreten und Parteigenosse der Westmächte geworden war.

Die Westmächte beeilten sich, die Kunde ihres Schrittes durch die Welt zu verbreiten. Alle Cabinette Europas, unter Andern auch die Höfe aller deutschen Staaten, wie sich versteht mit Ausnahme Preußens, erhielten die Einladung, sich den drei Noten anzuschließen, und beinahe hätte sogar der Bundestag eine den Polen freundliche Verhandlung erlebt, wenn nicht Rechberg sich ebenso kräftig wie Bismarck ein solches Schauspiel verbieten hätte. In Paris erwog die Regierung, was zu thun sei, wenn Rußland halbstarrig bleibe; es war die Rede von einer schwedisch-französischen Landung in Kurland, jedoch wurde der Plan zurückgelegt, als Bismarck in London erklären ließ, daß Preußen einem solchen Unternehmen mit den Waffen entgegentreten würde. Ein anderer Gedanke richtete sich auf die Landung von 60000 Franzosen in Triest, von wo sie dann in Verbindung mit einer gleichen Zahl von Österreichern nach Polen marschiren würden. Indessen, bei Österreichs Friedensliebe mußte auch dieser Entwurf auf ein künftiges Stadium der Entwicklung verschoben werden. Desto rühriger arbeiteten die Polen-Comités in Paris und London, in Posen und Galizien. Trotz aller Grenzsperrren schafften sie Freiwillige, Waffen, Munition hinüber, brachten bedeutende Geldsendungen zu Stande, verbreiteten die Nachricht von Europas Vorgehen in alle Theile des Landes. Die Folge war auf der Stelle eine neue Ausdehnung des in sich erlöschenden Aufstandes, Ver-

mehrung und Verstärkung der Banden, Erhebung des polnischen Adels in Lithauen und Volhynien. Die Warschauer Nationalregierung bildete ihre Behörden weiter aus, und schärfte das Schreckensregiment, welches jeden Ungehorsam gegen ihre Befehle mit Ermordung, Brand und Plünderung bestrafte.

Das russische Ministerium sah mit Unwille und Sorge auf diese Vorgänge. In Warschau war Graf Berg mit Wielopolski ebenso wie seine Vorgänger zerfallen, und hielt sich passiv, da der Großfürst ihm seinen Beistand gegen den Marquis versagte. Die großen militärischen Rüstungen aber schritten langsam vorwärts; mehr als ein Monat konnte noch vergehen, bis das Ganze schlagfertig war. Unter diesen Umständen beschloß die Regierung, den Groll über die Einmischung des Auslandes einstweilen zurückzuhalten, und die drei Noten so wenig herb wie möglich zu beantworten. In der an England gerichteten Entgegnung vom 26. April bemerkte Gortschakoff, Rußland erkenne alle Verträge an, müsse aber auf ihrer richtigen Auslegung bestehen; eine parlamentarische Verfassung sei den Polen in keiner Urkunde von 1815 verheißen; der Versuch einer solchen sei durch die Polen selbst 1831 vereitelt worden; jetzt sei der Kaiser seit Jahren bestrebt, stufenweis heilsame und freisinnige Reformen in Polen einzuführen, und habe zum Danke dafür eine neue Insurrection erleben müssen. Er sei bereit, in Erörterungen über die in der Congressacte niedergelegten Grundsätze einzutreten, mache aber vor Allem die Mächte auf die wahre Ursache der Unruhen aufmerksam, auf die fortdauernden Hekereien der kosmopolitischen Revolutionsparteien. Dieser letztere Satz wurde dann mit besonderem Nachdruck in der an Frankreich gerichteten Note ausgeführt, etwas kürzer in der für Oesterreich

bestimmten; im Übrigen wurden beide Höfe auf die nach London abgegangene Note verwiesen.

Bei aller Höflichkeit in der Form war die Antwort der Sache nach eine entschiedene Abweisung der unerbetenen Einmischung. In Paris und London war man sogleich der Meinung, darauf nicht schweigen zu können: habe ja die an England gerichtete Note selbst sich zu weiteren Erörterungen bereit erklärt. Die Frage war nur, welche positive Forderungen man jetzt zu stellen habe, und darüber gingen die Ansichten so weit auseinander, daß während mehrerer Wochen die Erzielung eines Einverständnisses beinahe hoffnungslos erschien. Zugleich drängte der Gang der Dinge in Polen, wenn die drei Mächte nicht völlig geschlagen erscheinen wollten, immer gebieterischer zu weiterer Thätigkeit. Vor Allem hatten ihre Noten bei dem russischen Volke einen gewaltigen Aufschwung nationaler Entrüstung hervorgerufen. Bisher war dort die Stimmung, wie erwähnt, getheilt gewesen, die Einen hatten Bestrafung der polnischen Meuchelmörder, die Andern Abtrennung dieses unreinen Gliedes von dem Leibe des heiligen Rußland begehrt. Jetzt aber, auf die Kunde, daß der irrgläubige Westen den russischen Waffen Halt gebieten wolle, durchwogte ein Strom patriotischen Stolzes alle Herzen; die Recruten eilten zu den Fahnen, Adel und Städte boten freiwillige Steuern, hundert und wieder hundert Stimmen forderten vom Kaiser die Rückberufung des Großfürsten, die Absetzung Wielopolski's, die gründliche Bändigung der polnischen Rebellion. Die Regierung war bereit. In Warschau erhielt Graf Berg erweiterte Vollmacht; in jedem Bezirke übernahmen russische Officiere die nöthigsten Verwaltungsämter, und organisirten sich aus der bäuerlichen Bevölkerung



starke und zuverlässige Polizeiwachen zur Verfolgung der geschlagenen, zur Verhinderung neuer Kottirungen. Die geheime Nationalregierung antwortete mit der Einsetzung von Revolutionstribunalen in jedem polnischen und lithauischen Bezirk, welche die Feinde der nationalen Freiheit in summarischem Verfahren und unter Verwendung jedes Mittels aus dem Wege räumen sollten. Darauf setzte der neue Gouverneur von Lithauen, General Murawieff, ein einsichtiger, herrischer und eisenharter Mann, Terrorismus gegen Terrorismus, vermittelst einer bis in das Kleinste geregelten und mit Vollmacht über Leben und Tod ausgestatteten militärischen Verwaltung. So entspann sich neben dem Guerillakrieg mit offenem Gefecht, in zahllosen Wiederholungen ein entsetzliches Ringen zwischen Schwert und Dolch, zwischen Kriegsgericht und Behmgericht, zwischen Soldaten und Hänge-Gensdarmen, wie der Volksmund die Agenten des Nationalcomité's bezeichnete. Der endliche Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein; in der öffentlichen Meinung Europas mischten sich Abscheu und Bewunderung; die drei Mächte aber hielten es für unmöglich, der Fortdauer des furchtbaren Zustandes unthätig zuzuschauen.

Unter solchen Umständen erwog auch Kaiser Alexander in zusammenfassendem Überblick seine Lage und die dadurch geforderten Entschlüsse. Von seinen Gesandten erfuhr er die unter den drei Gegnern besprochenen Forderungen, darunter mehrere, die er als unverträglich mit der Ehre Rußlands erkannte, so daß deren Ablehnung bei ihm unerschütterlich fest stand. Was aber dann? Er vernahm von jenen Plänen einer französischen Landung an den Ostseeküsten; es wurde ihm der Monat August als der voraussichtliche Beginn der Operationen bezeichnet. So sehr er den Krieg zu vermeiden



wünschte, so schien es doch unerläßlich, sich auf ihn vorzubereiten. Die Begeisterung seines Volkes stählte seinen Muth; die Mobilmachung seines Heeres wurde in jeder Weise beschleunigt; am 1. Juni wandte er sich in eigenhändigem, durch den preußischen Militärattaché, Oberst von Loen, überbrachtem Schreiben an den von ihm verehrten Oheim, den in der polnischen Sache ihm doppelt nahe verbundenen König von Preußen¹⁾. Nach kurzer Darlegung der Verhältnisse, also des Herandrohens eines Krieges, bei dem Preußen schwerlich unberührt bleiben könne, fragte er gerade heraus: „wie faßt Ihr bei dieser Lage die Pflichten und Interessen Deutschlands auf? Niemals wären bei einer richtigen Haltung Oesterreichs die Westmächte so weit vorgeschritten. Kommt es zum Bruch, was wird Euer Verfahren sein? was erwartet Ihr von Deutschland? was seht Ihr bei Oesterreich voraus? Ich weiß, daß ich auf Euch rechnen kann, wie Ihr auf mich. In welchem Maaß und in welchen Fällen werden Euere Interessen Euch zu activer Mitwirkung veranlassen? Zwischen uns gibt es kein Mißtrauen. Ich bedarf der Kenntniß Euerer Entschlüsse, um den ganzen Umfang meiner Stellung, ihrer Aussichten, ihrer Pflichten, ihrer vielleicht nöthigen Opfer zu übersehen. Ich würde glücklich sein, wenn Euere weise Erwägung Euch auf's Neue zu der ruhmreichen Waffenbrüderschaft bestimmte, die unsere beiden Völker einst verbunden hat, und wenn Euer Einfluß auch Oesterreich diesem für Alle nöthigen Vertheidigungsbunde zuführte. Es wäre kindisch, sich zu

¹⁾ Ich habe in der ersten Auflage des Buchs über diese Correspondenz nach Actennotizen berichtet, die, wie ich jetzt nach Einsicht der Originale wahrgenommen, in der Hauptsache richtig, aber in einen falschen chronologischen Zusammenhang gebracht waren.

verhehlen, daß die entsetzliche europäische Krisis im Anfang des Jahrhunderts uns seit zehn Jahren unter andern Formen, Namen und Mitteln auf's Neue bedroht.“ Er schloß mit der Bemerkung, der Oberst von Loen werde den Inhalt des Briefs mündlich vervollständigen durch Alles, was er von ihm, dem Kaiser, gehört habe.

Der nächste Wunsch Alexander's war also, daß Preußen versuche, Oesterreich aus der gefährlichen Verbindung mit den Westmächten zu lösen und zu den alten conservativen Genossen herüber zu ziehen, worauf dann Napoleon schwerlich einen Krieg wagen würde. Bliebe aber Oesterreich in der bisherigen Haltung, so schien dem Kaiser die Offensive Frankreichs gewiß, und dann konnte sich der Gedanke aufdrängen, daß Rußland und Preußen gemeinsam, um sich den Rücken zu decken, über das völlig ungerüstete Oesterreich hereinbrechen müßten, um es vor jeder Möglichkeit französischer Hülfe zu überwältigen, und dann am Rheine den französischen Strauß siegreich auszufechten.

Ein solches Verfahren zeigte für Preußen verlockende Seiten: nach einer Niederlage Oesterreichs hätte man in Deutschland freie Hand, und auch von dem innern Hader über die Heeresreform wäre keine Rede mehr. Andernseits aber waren auch die gewichtigsten Bedenken unverkennbar. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich mit aller Macht so rasch wie möglich in den Kampf eintreten würde; nach aller Wahrscheinlichkeit hätte dann Preußen die größte Last desselben zu tragen, und schließlich einen Frieden auf sich zu nehmen, wie er zwischen Frankreich und Rußland vielleicht ganz nach Gortschakoff's alter Gesinnung vereinbart würde. In diesem Falle, sagte Bismarck, würde Rußland

am längern Hebelarme sitzen. Der König, dessen persönliches Gefühl sich stets gegen einen Bruch mit Oesterreich sträubte, war auch hier für Erhaltung des Friedens. Es galt also, vor Allem nach Alexander's Wunsch den Versuch einer Einwirkung auf Oesterreich im Sinne der alten Bundesfreundschaft zu machen. In einer nach Wien gerichteten Depesche entwickelte Bismarck am 9. Juni den Gedanken, wie sehr die augenblickliche Situation günstige Momente für eine Annäherung und Verständigung zwischen Preußen und den Cabinetten von Wien und Peterssburg darbiete; er wies nach, auf welche Weise eine solche Verständigung zwischen den drei Theilungsmächten zugleich auch die Grundlage zu einer allgemeinen Lösung der Krisis werden könnte.

Aber die Antwort, welche Baron Werther schon am 11. Juni aus Wien abjandte, fiel wenig genügend aus. Wohl hatte Rechberg den preußischen Wunsch auf Annäherung freudig begrüßt, den Vorschlag aber einer Verständigung zu Dreien gar nicht einmal erwähnt, sondern sich mit der Erklärung begnügt, einen besonders schlimmen Punkt der französischen Begehren sich nicht aneignen zu wollen. Was Bismarck sonst erörtert hatte, sei unthunlich, da das französische Cabinet einen gleichen Wiener Antrag bereits abgelehnt habe. Bei aller Freundlichkeit also doch kein Gedanke an eine Lösung von den Westmächten und an ein Herübertreten auf die russisch-preußische Seite. Die Möglichkeit des von Alexander vorhergesehenen Conflictes war mithin nicht beseitigt: es galt jetzt, dem Zaren die Abneigung Preußens gegen den kriegerischen Bruch mit Oesterreich ohne Verletzung seines erregten Gefühles anschaulich zu machen.

Den Entwurf zu dem hiefür bestimmten königlichen

Briefe redigirte Bismarck eigenhändig, und der König gab ihm nach einigen Correcturen seine Zustimmung. In diesem Schreiben knüpfte er nach der wärmsten Versicherung von Freundschaft und Vertrauen an die Schlußbemerkung Alexander's an, daß Napoleon III. ganz Europa jetzt in gleicher Weise bedrohe, wie sein Oheim vor fünfzig Jahren — und wandte damit die Spitze der ganzen folgenden Erörterung ausschließlich gegen Frankreich. Denn auf diesem Standpunkt wäre ja nichts verkehrter, als Osterreich durch einen Angriff selbst in Frankreichs Arme zu treiben, man müßte vielmehr Alles aufbieten, es zu einem Gliede des großen Bundes zu machen. So habe er sich, Alexander's Wunsch entsprechend, nach Wien gewandt, sei dort freilich dem alteingewurzelten Argwohn begegnet, hoffe aber doch, einige Keime des Vertrauens ausgesäet zu haben. Er glaube nicht, daß bei der vorgerückten Jahreszeit Napoleon noch eine Landung an der russischen Ostseeküste wagen werde; wenn es dennoch geschähe, so würde ihn, den König, sein Herz zu sofortiger Waffenhilfe antreiben, einem solchen Einschreiten jedoch die deutsche Bundesverfassung im Wege stehen. Denn nach dieser würde sein Vorgehen als ein eigenmächtiger Angriff auf eine fremde Macht erscheinen, und damit dem Bundestag einen scheinbaren Vorwand geben, der preußischen Rheinprovinz seinen Schutz gegen Frankreich zu entziehen. Er werde also in jenem Falle dem Wiener Hof zunächst für eine Rußland günstige Neutralität zu bestimmen suchen, und ihm weiterhin eine gegenseitige Garantie der polnischen Provinzen aller drei Theilungsmächte vorschlagen. Um ihn dann völlig für die gute Sache zu gewinnen, würde das wirksamste Mittel eine Garantie für Venetien sein, da die Furcht vor einem

französiſch-italieniſchen Angriff auf dieſe Provinz die Haupturſache des biſherigen Wiener Schaukeſyſtems ſei. In derſelben Richtung würde es die trefflichſte Wirkung haben, wenn Rußland den Wiener Hof überzeugen könnte, daß der Gedanke einer franzöſiſchen Allianz für immer von Alexander verurtheilt ſei. Schließlich müſſe der König noch einen leidigen Punkt berühren, die Unpopularität einer ruffiſchen Allianz bei dem größten Theil des preußiſchen Volks. Um dieſe in ihr Gegentheil zu verwandeln, gebe es keine fruchtbarere Maaßregel, als die Belebung des Handelsverkehrs zwiſchen beiden Nationen durch eine Milderung des ruffiſchen Zollſyſtems.

Um die Mitte des Juni ging dieſes Schreiben nach Peterssburg ab.¹⁾

Mittlerer Weile war zwiſchen den Höfen von Paris, Wien und London endlich ein Einverſtändniß über die neuen an Rußland zu richtenden Noten erreicht worden.

Öſterreich hatte weiter gehende Begehren der Weſtmächte abgelehnt, und erklärt, ſich auf folgende ſechs Forderungen beſchränken zu müſſen: allgemeine Amneſtie²⁾, Nationalvertretung mit Theilnahme an der geſetzgebenden Gewalt, autonome Verwaltung durch polniſche Beamte, Aufhebung der die katholiſche Kirche belastenden Beſchränkungen, excluſivlicher Gebrauch der polniſchen Sprache in der Staatsverwaltung, Einführung eines geſetzlichen Recrutirungſyſtems. Die Weſtmächte nahmen dieſe ſechs Punkte an, unter der

¹⁾ Das Concept trägt kein Datum, der Inhalt läßt jedoch über den Zeitpunkt keinen Zweifel.

²⁾ Eine ſolche hatte Alexander am 13. April einem jeden Rebellen, der bis zum 13. Mai ſeine Unterwerfung anzeige, zugeſagt. Aber kein Pole hatte davon Gebrauch gemacht.

Voraussetzung, daß dieselben als Grundlage für die Berathungen einer Conferenz der acht Signatärmächte von 1815 dienen würden, womit dann auch Oesterreich einverstanden war. Napoleon war dabei der Meinung, die Conferenz müsse jedesfalls Statt finden, auch wenn Rußland sie ablehne, was dann mit einer Kriegserklärung ziemlich gleichbedeutend gewesen wäre. Oesterreich beharrte also darauf, daß die Conferenz nur unter Rußlands Theilnahme eröffnet werde. Außerdem begehrt die Westmächte noch während dieser Berathungen die Einstellung aller Feindseligkeiten in Polen, eine Forderung, deren Erfüllung Oesterreich für unausführbar hielt, und deshalb in seine Note nicht aufnahm. Am 17. und 18. Juni wurden dann die drei zum Theil gleichlautenden Noten expedirt.

Drouyn de Lhuys war sehr gefaßt auf eine noch bestimmtere Zurückweisung dieser Anträge Seitens der russischen Regierung. Sein Wunsch ging auf vollständige Herstellung Polens, welche fortan jede Coalition gegen Frankreich unmöglich machen würde; er hoffte jetzt trotz aller Friedensliebe in Wien und London die beiden Mächte zu gemeinschaftlichem Kriege gegen Rußland zu bestimmen. Er ließ also gleich nach der Absendung der Noten, wie heftig sich auch seine Collegen Fould und Morny gegen jede kriegerische Maaßregel aussprachen, Vorschläge nach Wien und London abgehen, auf Herstellung eines engeren Vernehmens, in Form einer Convention oder eines Protokolls, für den Fall russischer Halsstarrigkeit, indem er zugleich dem Wiener Cabinet jede Art von Garantie für etwaige, ihm aus seiner geographischen Lage erwachsende Gefahren anbot. In Wien arbeiteten, wie in Paris, verschiedene Einflüsse gegen einander. Kaiser Franz

Joseph war eigentlich von jeher gegen die Theilnahme an den westmächtliden Operationen gewesen; er empfand seine aus dem Besitze Galiziens erwachsende Solidarität mit Preußen und Rußland, und traute dem Kaiser Napoleon in keiner Beziehung. Entschieden aber, heißt es, war der Minister Schmerling für die polenfreundliche Politik, theils um das Wohlwollen der liberalen Mehrheit im Reichstag, theils um für seine deutschen Pläne, wenn nicht die Unterstützung, so doch die Gunst Napoleon's zu gewinnen. Graf Rechberg stand unsicher zwischen diesen Tendenzen, und suchte sich mit der Formel zu helfen: Verbindung mit den Westmächten, so lange sie sich auf friedliche Maaßregeln beschränken, Lösung von ihnen, sobald sie eine kriegerische Action einleiten. An eine dritte Möglichkeit dachte er nicht.

Die erste Wirkung der drei Noten in Petersburg war die Absetzung Wielopolski's unter der Form einer längern Beurlaubung. Die zweite eine Steigerung in dem Kampfe gegen die Insurrection durch den Grafen Berg, der jetzt auch an die Spitze der Civilverwaltung trat, und ganz nach Murawieff's lithauischem Muster vorzugehen begann. Was die Antwort auf die Noten betraf, so hatte Fürst Gortschakoff den Botchaftern der Mächte längst erklärt, er habe in seiner Aprilnote unter den dort vorgeschlagenen Erörterungen nichts Anderes als einen freundschaftlichen Gedanken-Austausch mit ihnen, hier in Petersburg, gemeint; dabei würde sich herausgestellt haben, daß Kaiser Alexander nach seiner Milde und Menschenfreundlichkeit den Inhalt der sechs Punkte billige und ihn zum größten Theil den Polen selbst bereits angeboten habe. Aber gegen seine Würde und die Selbständigkeit einer Großmacht gehe es, sich solche Bestimmungen, die zum Theil

in die speciellsten Fragen der Landesverwaltung eindringen, durch eine auswärtige Conferenz als Gesetz vorschreiben zu lassen. Jedessfalls müsse einer solchen eine Verständigung zwischen den drei Theilungsmächten vorausgehen, da diese durch die ähnlichen Verhältnisse in ihren polnischen Provinzen vor allen Andern sachverständig seien. Überhaupt aber könne von solchen Concessionen und Verhandlungen erst nach vollständiger Unterwerfung der Rebellion und Herstellung der Ordnung die Rede sein. Daß bei dem Zustand des Landes ein Waffenstillstand ein Ding der Unmöglichkeit sei, werde jeder Kenner der Verhältnisse bezeugen.

Bei diesen Anschauungen konnte die russische Antwort auf die drei Noten nur eine Ablehnung in allen Punkten sein, und danach wie im April ein feindlicher Angriff sehr möglich erscheinen. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Verhältnissen der Brief König Wilhelm's, in welchem dieser sich freien Entschluß für alle Fälle vorbehielt, und auf das Dringendste zur Verständigung mit Oesterreich mahnte, dem Zaren geringe Freude bereitere. Seine Stimmung gegen den Wiener Hof wurde jedoch für den Augenblick durch einen Bericht seines dortigen Gesandten, Balabin, gemildert, worin dieser die erfreuliche Meldung machte, Oesterreich sei bereit zu einer Übereinkunft der drei Theilungsmächte über Verwaltungsreformen ihrer polnischen Provinzen. Damit wäre also das ersehnte Ziel erreicht, Oesterreich hätte den Westmächten den Rücken gekehrt und den alten Bund der heiligen Allianz erneuert. Freieres Herzens entwarf jetzt Gortschakoff seine Antworten auf die drei Noten. In den für Paris und London bestimmten Schriftstücken gab er dem immer stärker aufbrausenden Unwillen des Hofes, des Volkes und der Armee in scharf

abschneidenden Sätzen vollen Ausdruck, während das Schreiben nach Wien sich überall in freundlich entgegenkommenden Worten bewegte, und die Verhandlung zu Dreien jetzt amtlich in Vorschlag brachte. Am 12. Juli schickte Alexander Abschrift dieser Documente an König Wilhelm, mit einem eigenhändigen Briefe, in welchem er seine Freude über die günstige Wendung in Wien aussprach, Preußens Gründe für seine reservirte Haltung anerkannte, jedoch die Möglichkeit einer preußischen Neutralität bei einem französischen Angriff auf Rußland in Abrede stellte, übrigens aber mit ziemlich kühlem Tone papierne Garantien für seine polnischen Lande als ganz werthlos, und eine Garantie für Venetien als außerhalb des russischen Interessenskreises liegend ablehnte. Am 13. Juli gingen darauf die drei Antwortnoten an ihre Bestimmung ab, nachdem Gortschakoff schon Tags zuvor dem Grafen Rechberg den Inhalt der an ihn gerichteten telegraphisch mitgetheilt hatte.

Hier aber stand dem russischen Cabinet eine bittere Überraschung bevor. Es stellte sich heraus, daß Herr von Balabin sich in einem geradezu unerklärlichen Mißverständniß befunden hatte. Nicht im Traume und nicht im Wachen hatte Graf Rechberg an eine Verhandlung zu Dreien gedacht. Gleich am 14. wies er durch Telegramm den Vorschlag als der Würde des mit den Westmächten verbundenen Oesterreich widersprechend, kategorisch zurück. Am 19. Juli, nach dem Empfang der officiellen Note, folgte eine weitere Erörterung in noch herberem Tone, worin der Vorschlag beinahe als eine Beleidigung für Oesterreich behandelt und diese Auffassung den Westmächten mitgetheilt wurde: man war in Wien damals beschäftigt, große deutsche Pläne in das Werk zu setzen, und

wollte dem französischen Kaiser keinen Anlaß zum Zorne geben.

Um so lebhafter aber war nach der so plötzlich erfolgten Enttäuschung der Verdruß in Petersburg. Die russische Armee war jetzt vollständig gerüstet, abgesehen von den orenburger, kaukasischen und sibirischen Truppen, über 400 000 Mann stark, wovon beinahe die Hälfte in Lithauen, Polen und Böhmen stand, und vollzog soeben eine neue Aushebung von 150 000 Mann. Die Versuchung lag nahe, auf die Gedanken des 1. Juni zurückzugreifen, und bei der ersten feindseligen Regung der Westmächte der Gefahr durch einen überwältigenden Angriff auf Oesterreich zuvor zu kommen. Wir dürfen annehmen, daß dagegen vor Allem Preußens ablehnende Haltung in das Gewicht fiel, und das russische Cabinet zu dem Entschluß führte, in fester Wappnung, abwartend den Ereignissen entgegen zu sehen.

Auf preußischer Seite hat damals außer dem Könige und Bismarck kein anderer Mensch von der vertraulichen Correspondenz der beiden Monarchen etwas erfahren. Bei dieser strengen Geheimhaltung hatte man natürlich auf Oesterreichs Dankbarkeit keinen Anspruch. Aber eine Stimmung besonderer Art mußte es doch bei dem Könige hervorrufen, als jetzt von Wien aus Eröffnungen ebenso überraschendes Inhalts und nicht eben preußenfreundlicher Tendenz an ihn gelangten.
